

Wer hat, kassiert

Filmförderung in Schleswig Holstein: Wer bekommt das Staatsgeld, das der Privatsender RSH nicht mehr braucht?

■ Kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung scheinen für die schleswig-holsteinische Landesregierung zwei völlig getrennte Paar Schuhe zu sein. Eine Verknüpfung sei „bisher nicht beabsichtigt“ klagt der Verein *Kulturelle Filmförderung Schleswig-Holstein* e. V. Er befürchtet, daß Björn Engholms Medienpolitik zu Lasten einer eigenständigen Infrastruktur der Filmschaffenden im Lande geht.

Anlaß zur Klage ist die von der Staatskanzlei für Dezember geplante Änderung des Landesrundfunkgesetzes. Der Rundfunkgebührenanteil der *Unabhängigen Landesrundfunkanstalt* (ULR), der zur Förderung der terrestrischen Infrastruktur von Rundfunksendern - hauptsächlich RSH - nicht mehr benötigt wird, soll zukünftig dem NDR zugute kommen. Es ist zu befürchten, daß die geplante Zweckbestimmung der Gelder - jährlich 1 - 1,2 Millionen Mark - ihre Absicht verfehlt. Zwar soll der NDR mit den zusätzlichen Mitteln Auftrags- und Koproduktionen im Lande fördern. Der entsprechende Paraph ist aber so allgemein gehalten, daß es dem NDR freisteht, ob er freie Produktionen und Macher mit Aufträgen bedenkt. Es sei eher wahrscheinlich, so der Verein *Kulturelle Filmförderung*, daß das

Geld in ohnehin schon projektierte oder laufende Produktionen auswärtiger Firmen aus München und Hamburg gesteckt werde. Der Staatssender werde wie bisher schleswig-holsteinische Landschaften bloß als idyllische Kulisse für Unterhaltungskonfektion nutzen.

Auf der Strecke blieben weiterhin unabhängige Film- und Fernsehproduktionen von hiesigen Machern, die von der kulturellen Identität dieser Region beredetes Zeugnis ablegen könnten. Der NDR hat bisher solche Filme meist ignoriert. Die *Kulturelle Filmförderung* des Landes kämpft vergeblich um die Aufstockung ihres geringen jährlichen Budgets von derzeit 400 000 Mark im Projektfördertopf. Auch die von Engholm vorgeschlagene gemeinnützige Gesellschaft, die das Geld zwischen NDR und ULR verteilen soll, wird sich an diesem notorischen Mißstand nicht vorbeimogeln können: Der Plan der Staatskanzlei zu dieser neuen Bürokratenheimstätte zeichnet sich vorerst recht unkonkret am Regierungshimmel ab.

Die ULR hat sich bisher zu Engholms Absichten nicht geäußert. Die Filmschaffenden im Lande fordern Mitsprache. Man fürchtet - wie in Niedersachsen und Bremen - von einer sozialdemokratischen

Kulturpolitik, die mehr nach Medienspektakeln der Unterhaltungsindustrie schießt, als den Menschen in den Regionen gerecht zu werden, auf eine kulturelle Spielwiese verbannt zu werden. Deshalb auch der Wunsch an den NDR: Mehr senden statt absahnen! *Helmut Schulzeck*